

Alle brauchen Arbeit – eine soziale Gemeinschaft

Alle brauchen Arbeit – viele finden keine. Wer keine Arbeit hat, tut sich mit dem Überleben schwer. Das wird allgemein für ein soziales Problem gehalten. Die Christenunion löst dieses Problem zumindest ideologisch in dem bekannten Spruch des Chefs ihrer „Wertekommission“, dem rheinlandpfälzer Landesvorsitzenden Christoph Böhr auf:

„Sozial ist, was Arbeitsplätze schafft!“

Das findet Zustimmung quer durch alle Parteien und in der demokratischen Öffentlichkeit. Dann ist für manche „Beschäftigungsförderung“ die passende Antwort auf diese Problemlage und man fordert den Staat zu einer neuen Runde von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen auf. Man kann aber auch die Senkung der Lohnnebenkosten sowie mehr Druck auf die Arbeitslosen mit Hartz IV in Verbindung mit anderen Sozialstaatsregelungen für das richtige Mittel zum Gegensteuern halten. Oder die Streichung der Vermögenssteuer, eine Umverteilung des „knappen Guts“ Arbeit durch Arbeitszeitverkürzung, mit der „Schaffung von neuen Arbeitsplätzen“ durch Teilzeit- und Leiharbeit, oder wie auch immer. Konstatiert wird, dass alle Arbeit brauchen, aber viele keine finden, eben weil die vorhandene Arbeitskraft nur zum Teil gebraucht wird. Beharrt wird darauf, dass Staat und Unternehmer für mehr Beschäftigung sorgen sollen. Aber warum eigentlich?

In dem ganzen Vorschlagswesen geht eines völlig unter: dass es sich bei all dem um eine äußerst widersinnige Sache handelt. Wenn nämlich das Nötige von weniger Leuten in kürzerer Zeit erledigt werden kann, wenn es also zur Reproduktion der Gesellschaft mit den Methoden der Marktwirtschaft nicht mehr so viel zu tun gibt, warum soll denn dann jeder den ganzen Tag schuften müssen? Warum braucht unter solchen Umständen eigentlich überhaupt noch jeder Arbeit und auch noch so viele vollgepackte Arbeitsstunden, um leben zu können? Man könnte sich dann doch auch mal auf den Standpunkt stellen, dass weniger Arbeit ein Glück ist, weil das nichts anderes als ersparte Mühe bedeutet. Nur – darauf kommt hierzulande keiner. Darum stellen wir mal die Frage, warum diese Gleichung: „weniger Arbeit ist gleich weniger Mühe“ nicht gilt.

Es liegt eben doch noch etwas anderes vor als eine „soziale Problemlage“; und jeder weiß auch, was stattdessen vorliegt: Das „Problem“, dass so viele Leute keine Arbeit finden, liegt an einem ökonomischen Problem. Und das ist in Wahrheit auch kein „Problem“, sondern überhaupt das Prinzip der Marktwirtschaft.: Arbeit ist nicht gefragt, wenn sie nicht rentabel ist. ‚Nicht rentabel‘ heißt: Sie bringt dem Unternehmen nicht genügend Ertrag ein, nicht den Ertrag, mit dem das Unternehmen in der Konkurrenz bestehen kann. Rentabilität ist der ökonomische Zweck, zu dem Arbeit stattfindet. Es soll gearbeitet werden, aber nur dann, wenn die Arbeit sich rentiert. Das heißt umgekehrt dann aber auch: Von rentabler Arbeit kann es nie genug geben, weil sie dem Unternehmen ja Gewinn einträgt. Nichts schöner als den Chinesen U-Bahnen bauen und die Ölscheichtümer mit Klimaanlage ausstatten, weil und sofern diese Produkte einen Gewinn abwerfen. Weil und sofern sie gegen die Konkurrenten die weltweite Kaufkraft abschöpfen.

Arbeit, weil sie Geld bringt: Dieses Grundgesetz der Marktwirtschaft, das nur in ihr und sonst nirgends gilt, beherrscht die herrschenden Verhältnisse so total, dass alle Zeitgenossen ihm folgen müssen, um leben zu können, und deswegen – egal welche – Arbeit brauchen. Aus demselben Grund unterbleibt die Arbeit dann eben auch, wenn sie nämlich nicht genügend Geld bringt, was offenbar gerade mit den Rentabilitätsfortschritten bei der Anwendung der Arbeit immer häufiger der Fall ist. Wenn der Gewinn aus Arbeit nicht gewährleistet ist, wird auf ihre Anwendung eben verzichtet. Diese ökonomische Zielsetzung des Kapitalismus ist offenkundig von der Art, dass sie mit sich selbst in Widerspruch gerät: Da ist die lohnabhängige Menschheit dem Zwang unterworfen, rentabel zu arbeiten, weil rentable Arbeit in Geld bemessenen Reichtum, also Wert schafft und dadurch Unternehmen bereichert. Und kaum kommt dieser Zirkus in Schwung, rasselt er mit seinem eigenen Kriterium zusammen: dem Zwang, immer mehr Gelderträge, immer mehr Wert zu schaffen. Arbeit unterbleibt aus demselben Grund, wegen dem sie angewandt wird.

Es mag ja sein, dass sich alle Welt an diese Verrücktheit gewöhnt hat und sie normal findet – immerhin, auch die kündigungsten Experten und mächtigsten Verwalter dieses „Systems“ kommen leicht ins Schleudern, wenn

sie Auskunft geben sollen, ob nun eigentlich zu wenig gearbeitet wird, wenn mehrere Millionen Arbeitslose in der Nation, einige 10 Millionen in der EU und zahllose Millionen auf dem Globus herumlungern. Oder ob nicht zu viel gearbeitet wird, wenn die so genannte „wirtschaftliche Vernunft“, die in diesem System gilt, die Schließung der letzten Werften an der Nordsee und am Mittelmeer gebietet, wenn manche Großbetriebe nur mit Milliardensubventionen weiterarbeiten. Tatsächlich scheint eben beides zugleich vorzuliegen: Es wird zu wenig gearbeitet, weil es beim Arbeiten doch um immer mehr Geld geht und dafür nie genug geschehen kann. Auf der anderen Seite wird zu viel gearbeitet, wenn sich nämlich herausstellt, dass eine soeben noch rentable Arbeit mit gesteigerten Rentabilitätsanforderungen nicht mehr mithalten kann, also nicht mehr gebraucht wird. Es hilft ja nichts, dass es „nun einmal“ so ist – es ist, höflich gesprochen, ein wenig widersprüchlich, dieses „System“ der rentablen Arbeit.

Keine Frage: Staat und Unternehmen können mit der diesem „System“ eigenen Absurdität prächtig leben – sie organisieren die Arbeit ja so und profitieren von ihrer Rentabilität. Da gibt es den Widerspruch, dass erstens unbedingt gearbeitet werden muss wegen der Geldvermehrung und deswegen zweitens nur sehr bedingt, weil die Arbeit nicht ausreichend zur Geldvermehrung beiträgt – und diesen Widerspruch macht das System der kapitalistischen Marktwirtschaft zu einem Problem derer, die als ausübendes Personal erstens unbedingt Arbeit brauchen und zweitens ganz oft keine finden. Von daher kommt es überhaupt, dieses angeblich „soziale Problem“. Staat und Kapital verwandeln nämlich die materiellen Probleme, die die Leute haben, in eine soziale Problemlage, die sie mit ihnen haben. Zur Bewältigung des „sozialen Problems“ werden dann die bedürftigen Leute selbst herangezogen. Es wird eine Arbeitslosenversicherung eingerichtet und klargestellt, dass die Arbeiter für ihre drohende Arbeitslosigkeit selbst Vorsorge tragen müssen. Und wenn dem Staat diese Kasse schließlich zu teuer kommt, weil sie einerseits massenhaft in Anspruch genommen wird und andererseits zu wenig Leute in sie einzahlen – die potenziellen Einzahler sind ja Niedriglöhner oder schon arbeitslos –, dann werden die Leistungen kurzerhand auf Hartz IV-Niveau zusammengestrichen.

Von dem dann zu besichtigenden Elend sollte man sich besser nicht rühren lassen und auch nicht auf die Lüge vom „sozialen Problem“ reinfallen – und dann womöglich noch darüber jammern und nach Schuldigen dafür suchen, dass diesem „Problem“ durch all die eifrig diskutierten, praktizierten und wieder aufgegebenen „Bündnisse für Arbeit“ ohnehin nie beizukommen ist. Genauso wenig empfiehlt es sich, das Kriterium der Rentabilität für den Inbegriff wirtschaftlicher Vernunft zu halten und mit den Bedenklichkeiten erst anzufangen, wenn die öffentliche Meinung sich entschließt, seine „Schattenseiten“ zur Kenntnis zu nehmen. Die Absurdität des „Systems“, der Grund seiner Schädlichkeit für die Masse seiner Insassen, liegt nicht darin, dass Arbeit nicht stattfindet, wenn sie nicht rentabel ist, sondern dass sie stattfindet, weil es um Rentabilität geht. Die soziale Gemeinheit dieses „Systems“ beginnt nicht erst damit, dass die Leute, die Arbeit brauchen, oft keine finden. Die soziale Gemeinheit beginnt früher und besteht schon darin, dass die Leute eine bezahlte Arbeit brauchen; dass sie dann noch nicht einmal sicher sein können, eine zu finden.

Aus den Bedingungen, denen die Marktwirtschaft die Arbeit unterwirft, lassen sich Schritt für Schritt die wesentlichen Bestimmungen dieser Produktionsweise herausholen. Sie sich klarzumachen, schafft garantiert keine Arbeitsplätze, gerade deswegen ist es lohnend. Aufschluss über das Verhältnis von Arbeit und Reichtum liefern die beiden Nummern der Zeitschrift GEGENSTANDPUNKT 3-12 und 4-12.